MARTIN DÖRMANN

MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

STELLV. VORSITZENDER DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE

MEDIENPOLITISCHER SPRECHER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Jahrbuch 2013

Dokumentation über die Arbeit als Bundestagsabgeordneter von Januar bis Dezember 2013

Dezember 2013

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Jahrbuch 2013

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

*das vor Ihnen liegende **Jahrbuch 2013** soll einen kleinen Überblick über meine Arbeit als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Kölner Wahlkreis Porz, Kalk, nördliche Innenstadt im vergangenen Jahr geben. Es dient der **Dokumentation** und ist zugleich eine Art **Rechenschaftsbericht**.*

*Gerade angesichts der zahlreichen Gesetze und Sitzungswochen in Berlin ist die regelmäßige **Information im Wahlkreis** eines meiner Hauptanliegen.*

*Dem dienen auch meine **Berlin Depesche** sowie meine **Homepage.***

Viel Spaß beim Lesen dieses Jahrbuches!

Mit freundlichen Grüßen

Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

INHALT

Seite 2: Vorwort, Inhalt, Impressum, Büroanschriften, Mitarbeiterteam

Seite 3: Wahlkreiszeitung Berlin Depesche, Publikationen, Veranstaltungen

Seite 4: Homepage, Mitgliedschaften und Funktionen

Seite 5: Berichte und Artikel 2013 aus der Berlin Depesche (Auswahl)

IMPRESSUM • JAHRBUCH 2013

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion: Martin Dörmann (verantwortlich), Nadesha Klugiewicz, Stefan Stader, Dr. Matthias Dahlke

BÜROANSCHRIFTEN UND MITARBEITERTEAM

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mitarbeiterteam: Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Matthias Dahlke (Wiss. Mitarbeiter)
Tel. 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48; eMail: martin.doermann@bundestag.de

Homepage:
www.martin-doermann.de
Facebook:
www.facebook.com/martin.doermann

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044
Team: Tim Cremer (Büroleiter), Nadesha Klugiewicz, Ralf Steinmeier (Webmaster)
eMail:
martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302
Mitarbeiter von Stephan Gatter: Frank Heinz

Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 169 195-77
Fax 0221 / 169 195-79
Mitarbeiter: Claudia Brock (bis Ende 2013), Benedikt Dettling (ab 2014)

eMail:
koelner-spd-mdb@netcolgne.de

WAHLKREISZEITUNG BERLIN DEPESCHE

2013 erschienen insgesamt sechs Ausgaben **der Berlin Depesche.** Die Wahlkreiszeitung wird per eMail an alle interessierten SPD-Mitglieder sowie Bürgerinnen und Bürger versendet. Sie enthält Informationen über Veranstaltungen, die Arbeit von Martin Dörmann und wichtige Entscheidungen des Bundestages. Einige Artikel aus dem Jahr 2013 sind ab Seite 5 abgedruckt.

Interessierte können sich in den **eMail-Verteiler** der Berlin Depesche aufnehmen lassen. Eine entsprechende eMail an martin.doermann@bundestag.de genügt (SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

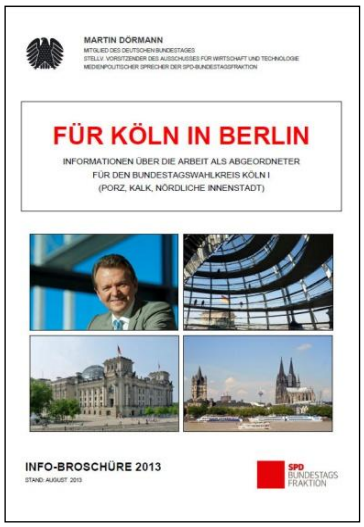
Frühere Ausgaben sowie die **Jahresregister** sind auf der Homepage www.martin-doermann.de zu finden.

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

PUBLIKATIONEN

Neben der **„Berlin Depesche“** erscheint für jedes Jahr ein eigenes **Jahrbuch** mit einem Überblick über die Abgeordnetentätigkeit im abgelaufenen Jahr. Eine schematische Auflistung aller in der Berlin Depesche enthaltenen Artikel ist im **Register 2013** zu finden. Allgemeine Informationen enthält die jeweils aktualisierte **Info-Broschüre**. Alle Broschüren sind auf der Startseite der Homepage zu finden.

Zudem ist Martin Dörmann Mitherausgeber der politischen Zeitschrift **„Berliner Republik“** (siehe Homepage: www.b-republik.de).



Info-Broschüre 2013

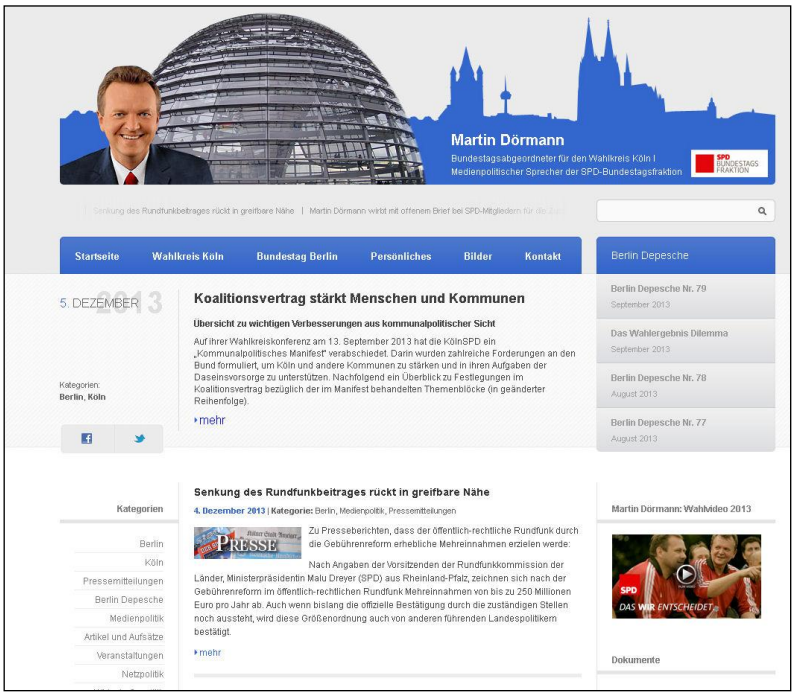
Register 2013:
Übersicht aller Artikel der
Berlin Depeschen 2013

VERANSTALTUNGEN 2013

Bei Veranstaltungen, bei denen Martin Dörmann (Mit-)Veranstalter oder Moderator war, nahmen 2013 u. a. folgende Gäste teil: **Garrelt Duin, Sigmar Gabriel, Rolf Hempelmann, Hannelore Kraft, Thomas Oppermann, Olaf Scholz, Martin Schulz, Ulla Schmidt, Frank-Walter Steinmeier und Manuela Schwesig.**

HOMEPAGE

Weitere allgemeine und aktuelle Informationen finden sich auf der Homepage: www.martin-doermann.de. Die Homepage enthält u. a. Seiten zu Persönlichem, dem Kölner Wahlkreis, der Arbeit in Berlin, aktuelle Presse, Texte und Dokumente sowie zahlreiche Fotos.



Startseite der Homepage

MITGLIEDSCHAFTEN UND FUNKTIONEN (17. WP BIS ENDE 2013)

Funktionen im Bundestag

- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie

Mitgliedschaften in Bundestagsgremien

- Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Ausschuss für Kultur und Medien (stellv.)
- Unterausschuss „Neue Medien“
- Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ (stellv.)

Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion

- Medienpolitischer Sprecher
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe
- Berichterstatter für Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Mitgliedschaften und Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Vorstand der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand; Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Das Berliner Abgeordnetenbüro von Martin Dörmann befindet sich im obersten Stock des Paul-Löbe-Hauses (auf dem Foto rechts)

„Medienpolitischer Dialog“ der SPD-Bundestagsfraktion

Fachgespräch über neue Finanzierungsmodelle für Journalismus

Auf Initiative von **Martin Dörmann** hat die SPD-Bundestagsfraktion eine neue Diskussionsreihe unter dem Titel „Medienpolitischer Dialog“ ins Leben gerufen. Die Auftaktveranstaltung am 18. Februar stand unter der Überschrift „Neue Finanzierungsmodelle für Journalismus? Optionen und Perspektiven zur Sicherung der Medienvielfalt“. Der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion konnte hierzu über 50 namhafte Medienexperten in Berlin begrüßen.

Helmut Heinen, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) betonte auch in dieser Runde: „Deutschland ist ein Zeitungsland!“ Dennoch stellt sich die Frage, wie es weitergeht. Denn Auflagen und Anzeigen im Printbereich gehen teils dramatisch zurück. Die Zeitungsbranche muss sich an das Zeitalter der Digitalisierung anpassen und neue Einnahmewege erschließen. Erste Zeitungen haben Insolvenz angemeldet. Von Schließungen betroffen sind Redaktionen vor allem auf lokaler, aber auch auf überregionaler Ebene. Angesichts der geringer werdenden Vielfalt im Presseangebot ist die Kernfrage, wie man journalistische Angebote für die Zukunft unterstützen und sichern kann. Schlüsselaufgabe ist also, neue Finanzierungsmodelle zu finden.

Unter Leitung von Martin Dörmann diskutierten über 50 Medienexperten, wie sich in Zukunft guter Journalismus finanzieren lässt

Helmut Heinen schilderte mit eindrucksvollen Zahlen die Zeitungssituation: Es gebe derzeit insgesamt 330 Tageszeitungen, die regelmäßig von 47 Prozent der Deutschen gelesen werden. Dazu kämen 660 Online-Angebote, die zu ca. 62 Prozent von 14- bis 29-Jährigen genutzt werden. Die Gesamtumsätze gingen deutlich zurück: 2001 betrug der Gesamtumsatz noch 10,8 Milliarden Euro, 2012 dann nur noch 8,5 Milliarden Euro. Heinen betonte allerdings, dass es Rückgänge schon seit Jahrzehnten gebe. So ließen sich also nicht alle Rückgänge auf die Digitalisierung zurückführen. Vielmehr gebe es seit Jahren auch andere Gratismedien oder Rundfunkangebote, die in direkter Konkurrenz mit den kostenpflichtigen Printausgaben stehen. Parlamentarische Unterstützung für die Anliegen der Verlage sei gerne gesehen, so Heinen. Allerdings müssten Verlage weiterhin völlig „frei agieren können“, denn nur so könne man „unabhängigen Journalismus gewährleisten“.

Dr. Jan Marc Eumann, Medienstaatssekretär in NRW, stellte als konkreten Unterstützungsvorschlag ein Stiftungsmodell in NRW vor. Auch er bestätigt, dass ein erheblicher digitaler Strukturwandel stattfinde. Aber wer hierbei, laut Eumann „allein die wirtschaftliche Seite betrachtet, verkennt die Doppelseitigkeit von Medien“, denn es treffe mit der Presselandschaft auch ein gesellschaftliches Kulturgut. Für ihn seien die Verlage selbst gefordert: Sie müssten neue Modelle entwickeln. Kernwerte wie Glaubwürdigkeit, etablierte Marken könnten bis weit in die digitale Welt tragen. Eine Stiftung könne höchsten einen behutsamen und quasi symbolischen Beitrag dazu leisten, dass der Staat zu seiner Verantwortung eines aktiv begleiteten Strukturwandels stehe. Eumann sieht die Aufgaben einer solchen Stiftung u. a. in der Qualifizierung und Weiterbildung von Journalisten. Ein Stiftungslehrstuhl zum Thema Lokaljournalismus und Recherchestipendien könnten Qualität und Akzeptanz steigern. Die Stiftung solle nächstes Jahr gegründet werden und werde etwa 2 Millionen Euro pro Jahr aus dem Haushalt in NRW zur Verfügung haben.

Prof. Dr. Stephan Weichert von der Macromedia Hochschule für Medien in Hamburg zog zwei positive Schlüsse aus der aktuellen Situation: Die öffentliche Debatte über die schwierige Lage der Presse hätte „an Fahrt aufgenommen“ und sie beginne langsam, sich zu versachlichen. Ein nachfragegerechtes Umsteuern sei vonseiten der Verlage dennoch dringend nötig. Dazu sei gelegentlich auch Flankierung von staatlicher Seite sinnvoll. Er betonte, dass es nicht um das Überleben der Presse allein ginge, sondern um den Journalismus als Ganzes. Im Vergleich mit anderen Ländern wie den USA oder Italien stehe Deutschland allerdings gut da. Extreme Kürzungen und damit Qualitätseinbußen lägen in den vergangenen Jahren in Deutschland vor allem in den Bereichen Lokaljournalismus, Auslandssektor und investigative Recherche vor. Der Staat müsse sanft eingreifen, möglicherweise mit einer Journalismussteuer, analog zum Gebührenbeitrag im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Weichert stellte vier verschiedene Finanzierungsmodelle vor: Ein rein marktwirtschaftlich orientiertes Modell würde durch Kaufkraft Staatsferne sichern, berge aber in seiner Extremform große Risi-

ken für die Meinungsvielfalt. Nicht immer könnten zudem funktionierende Märkte vorausgesetzt werden. Für ein staatlich finanziertes Modell spreche das Argument, dass Journalismus ein Kulturgut sei. Das Argument der fehlenden Unabhängigkeit sei in jeder Ausprägung nicht von der Hand zu weisen. Ein „Crowdfunding-Modell“ überlasse die Finanzierung den Unwägbarkeiten der zahlenden Masse. Eine Finanzierung durch Mäzene habe viele Vorbilder im Ausland und könne als Ergänzung „Druck vom Kessel nehmen“, jedoch seien auch hier Einflussnahme und Unsicherheiten nicht auszuschließen. Reichert betonte, dass vor allem die Bereiche Recherche, Innovation, Medienkritik und Forschungen zum Qualitätsjournalismus angestoßen werden müssten. Journalismus sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der alle Akteure ihren Beitrag leisten müssen, damit der Strukturwandel gelinge.

Kurzstatements gaben weitere Impulse; so sprach **Michael Konken**, Bundesvorsitzender des Deutschen Journalistenverbands (DJV) von einer „historischen Verantwortung“, umfassende Lösungen zu finden, die unbedingt staatsfern organisiert werden müssten. Auch **Ekkehard Sieker**, freier Wissenschafts- und Fernsehjournalist, betonte, dass für ihn Journalismus durch seine Aufklärungsfunktion „Daseinsvorsorge“ sei. **Horst Röper**, Geschäftsführer des FORMATT-Instituts wies darauf hin, dass es nach wie vor an belastbaren Statistiken fehlte und ermahnte, dass für ein wirksames Stiftungsmodell weit höhere Mittel zur Verfügung stehen sollten, etwa in der Tragweite, die Frankreich zur Verfügung stelle: 1,5 Milliarden Euro. Und **Cornelia Haß**, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di, betonte schließlich Mindeststandards im Journalismus, die unbedingt eingehalten werden sollten, z. B. Mindestvergütungen oder zeitgemäße Arbeitsbedingungen. Trotz der schwierigen Gesamtlage seien die Gewinnmargen bei den Verlagen immer noch hinreichend.

Die anschließende Diskussion zwischen Experten und Zuhörern zeigte die Notwendigkeit der Debatte auf, die Martin Dörmann so auf den Punkt brachte: „Wir brauchen unabhängigen Journalismus, um unsere Demokratie zu stärken“.

Das zweite Fachgespräch ist für April zu „Reformen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ geplant.

Medienpolitische Gespräche in Hamburg

Anfang Februar besuchte **Martin Dörmann** die Hansestadt. In der Senatskanzlei traf er sich mit Medienexperten, um über die Zukunft der Zeitungslandschaft zu sprechen. Anschließend ließ er sich vom Geschäftsführer der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG) **Matthias Linnekugel** über die besonderen Herausforderungen im Printbereich informieren. Über erfolgversprechende Strategien im Internet sprach er zum Abschluss in der Spiegel-Zentrale mit **Mathias Müller von Blumencron**, dem Chefredakteur von Spiegel Online.

Kampf um den Lufthansa-Standort Köln

Die Pläne des Lufthansa-Vorstands zur Schließung der Lufthansa-Zentrale in Deutz (Foto) verfolgt **Martin Dörmann** mit großer Sorge, ebenso Gedankenspiele, die CityLine-Zentrale aus Köln zu verlagern: „Köln ist ein guter Standort, wie zuletzt die positive Entscheidung über die Germanwings-Zentrale belegt hat. In meinen bisherigen Gesprächen mit den Betriebsräten konnte ich eine große Identifikation mit dem Unternehmen und mit Köln feststellen. Ich hoffe, dass die anstehenden Verhandlungen zwischen Arbeitnehmerseite und Vorstand zu einem positiven Ergebnis führen und werde von meiner Seite aus unterstützend tätig, wo ich helfen kann. Angekündigte alternative Vorschläge der Arbeitnehmervertreter sollten vom Vorstand offen und sorgfältig geprüft werden.“

Mit Ulrich Kelber in Rath/Heumar

Beim traditionell gut besuchten Frühjahrsempfang des SPD-Ortsvereins Rath/Heumar Mitte März war diesmal neben **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Ulrich Kelber** zu Gast (Foto). Die drei Bundestags- und Landtagsabgeordneten gingen in ihren Reden auf aktuelle politische Debatten ein. Kelber betonte, die Regierung Merkel versuche, Erfolge vorzutäuschen, wo keine sind, während sie in Wahrheit ein Risiko sowohl für Arbeitnehmer als auch Unternehmen darstelle, und brachte hierfür zahlreiche Beispiele.

Einsatz für Finkenberg

Bei einem Ortstermin in Finkenberg machte sich **Martin Dörmann** ein eigenes Bild von den zum Teil sehr problematischen Zuständen in vielen Wohnungen. Begleitet wurde er von Ratsfrau **Monika Möller**, Sozialraumkoordinator **Jürgen Auth** sowie **Karen Kracht** (auf dem Foto v. l.), die in der Mieterinitiative „Gemeinsam sind wir stark – das Demo-Gebiet wehrt sich“ aktiv sind. Auch die SPD fordert seit langem erheblich mehr Investitionen durch den größten Eigentümer und unterstützt die Mieterinitiative.

Bilderausstellung im Bürgerbüro Porz

Im Bürgerbüro Porz sind derzeit abstrakt-ungegenständliche Acrylarbeiten sowie Aquarelle von **Monika Jilke-Meyer** zu sehen. Ihr Handwerk lernte die frühere Lehrerin beispielsweise in der Kölner Grafikerwerkstatt sowie an der renommierten New York University School of Arts. Zur Ausstellungseröffnung am 19. April im Rahmen eines Frühjahrsempfang konnten **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** wieder zahlreiche Gäste begrüßen. Vorgestellt wurde die Künstlerin von Ratsfrau **Monika Möller** (auf dem Foto 2. v. l.).

Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

Frank-Walter Steinmeier begeistert mit seiner Rede über 200 Gäste

Die Stimmung hätte nicht besser sein können als der SPD-Stadtbezirk Porz/Poll am 5. März zum Frühjahrsempfang lud. Über 220 Gäste im gut gefüllten Porzer Rathaussaal ließen es sich nicht nehmen, der engagierten Rede des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, **Frank-Walter Steinmeier**, beizuwohnen.

Steinmeier war gut drauf

SPD-Stadtbezirksvorsitzender **Ingo Jurek** eröffnete die Veranstaltung und konnte wieder einmal zahlreiche Vertreter aus Vereinen und Betrieben begrüßen. Der Kölner SPD-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** läutete den politischen Teil des Abends ein. Er lobte die aktuellen Konzepte der SPD-Bundestagsfraktion für eine verbesserte Infrastruktur: „Der Bund ist in der Pflicht, zusätzliche Mittel für die Instandsetzung maroder Straßen und Brücken bereit zu stellen, damit Land und Kommunen nicht erst der Verkehrskollaps und dann das wirtschaftliche Desaster droht“.

Moderator **Wolfgang Link** befragte anschließend den Bundestagsabgeordneten Martin Dörmann zu einigen seiner Schwerpunktthemen. Der medienpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion betonte die Bedeutung von Qualitätsjournalismus und Medienvielfalt für die Demokratie und wies auf wichtige SPD-Initiativen hin. Als Wirtschaftspolitiker setze er sich zudem insbesondere für die Modernisierung unserer Infrastrukturen ein, sei es im Bereich Energie, Verkehr oder beim Breitbandausbau. Kritisch äußerte er sich zum geplanten Wegzug der Lufthansa-Hauptverwaltung aus Köln: „Wir sollten alle Möglichkeiten nutzen, um die Arbeitsplätze am sehr leistungsfähigen Standort Köln zu halten.“ Entsprechende Gespräche mit Vorstand und Betriebsräten seien bereits verabredet.

Begrüßung durch Willi Stadoll

Unter dem Motto „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ spannte schließlich **Frank-Walter Steinmeier** einen weiten thematischen Bogen an bundespolitischen Themen. Er prangerte unzählige leere Versprechungen und dauernde Kurswechsel der schwarz-gelben Bundesregierung an: „Wenn sie uns dann kurz vor den Wahlen bei einigen Themen hin-

terherlaufen, heißt das doch, dass wir ihnen voraus sind“, bemerkte der Fraktionsvorsitzende.

Wolfgang Link moderierte gewohnt kurzweilig

Besonderes Augenmerk legte Steinmeier in seiner gut 45-minütigen Rede, die oft von großem Beifall unterbrochen wurde, auf die SPD-Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. „Aber das kann nur die untere Grenze beschreiben. Wir brauchen eine darüber hinausgehende Perspektive für die Menschen mit ordentlichen Tariflöhnen!“ Hier verstehe sich die SPD durchaus als „Betriebsrat der Nation“. Perspektivisch sei zudem der sich weiter verschärfende Fachkräftemangel ein Problem, das noch stärker als bisher im Fokus der Politik stehen müsse. Deshalb müsse mehr in Bildung und Ausbildung investiert und Frauen bessere Berufschancen eröffnet werden. „Nicht das Blaue vom Himmel versprechen, sondern ehrliche Politik machen“ - das sei der Slogan, mit dem die SPD in diesem Jahr den Regierungswechsel schaffen wolle. „Wir brauchen wieder eine Politik, die ein Ziel hat, die voran geht, die unsere Gesellschaft stärker macht und gerechter!“

Zum Abschluss der Veranstaltung traf man sich im Foyer zum Gespräch mit den Mandatsträgern zu musikalischer Unterhaltung der Gruppe **Rockabella’s**.

Steinmeier forderte mehr Bildungsinvestitionen

Verdienter Applaus für eine starke sozialdemokratische Rede

Gelöste Stimmung am Ende eines spannenden Abends bei Christian Joisten, Willi Stadoll, Martin Dörmann, Frank-Walter Steinmeier, Lutz Tempel, Elfi Scho-Antwerpes, Jochen Ott und Ingo Jureck (v. l.)

Martin Schulz mahnt Reformen in Europa an

Die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann**, **Rolf Mützenich** und **Karl Lauterbach** konnten am 15. März **Martin Schulz**, Präsident des Europäischen Parlaments, als prominenten Gastreferenten ihrer „Fraktion vor Ort"- Veranstaltung begrüßen.

Zum Abschluss überreichte der Schaustellerverband NRW an Martin Schulz das „Goldene Karussellpferd" als besondere Anerkennung seines Engagements

Im voll besetzten Altenberger Hof in Köln-Nippes griff Schulz mit der ihm eigenen Leidenschaft die Frage auf, was denn die Idee, die „Seele" Europas sei. Dass Nationen und Völker über staatliche, sprachliche sowie kulturelle Grenzen hinweg miteinander zusammenarbeiten, mache für ihn den Kern der europäischen Idee aus, so Schulz. Das Europa des 21. Jahrhunderts stehe, so warnte er, vor monumentalen Herausforderungen. Würden diese nicht gemeistert, könnte der Binnenmarkt zerfallen und die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Europas Staaten wären den USA oder den Schwellenländern hoffnungslos unterlegen, während von innen ein neuer Rechtspopulismus drohe. „Nur wenn das rein nationalstaatliche Denken überwunden werde, kann Europa Bestand haben."

Von den über 230 Gästen gab es viel Zustimmung für die engagierte Rede des Parlamentspräsidenten

Martin Schulz plädierte daher für eine echte europäische Demokratie mit einem gestärkten Parlament und einem Zurückdrängen der Bürokratie. Für ein Europa, dessen soziale Gerechtigkeit weiterhin weltweit als Vorbild gelten kann. „Nur wenn diese Errungenschaften selbstbewusst verteidigt werden, kann unser Wohlstand gesichert und unser Kontinent vor der Bedeutungslosigkeit bewahrt werden." Eindringliche Botschaft und Fazit des Abends: Europa kann nur gemeinsam gelingen.

Engagierte Diskussion mit Manuela Schwesig

Auf Einladung der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten kam die stellvertretende Bundesvorsitzende **Manuela Schwesig** am 25. März ins Bezirksrathaus nach Köln-Mülheim. Sie sprach zum Thema „Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege – geht das?". Dazu stellte Schwesig die neuen Konzepte zur SPD-Familien- und Pflegepolitik vor.

„Medienpolitischer Dialog“ der SPD-Bundestagsfraktion

Fachgespräch mit Intendanten zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Am 18 . April fanden auf Einladung von **Martin Dörmann** erneut 60 Experten und Gäste aus Verbänden, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, um beim zweiten Medienpolitischen Dialog der SPD-Bundestagsfraktion über die Perspektiven des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu diskutieren. Neben dem Vorsitzenden der ARD und NDR-Intendanten **Lutz Marmor** und dem Intendanten des ZDF **Dr. Thomas Bellut** stellten der Verfassungsrechtler **Prof. Dr. Wolfgang Schulz** sowie die für die Seite der Bundesländer hauptzuständige Chefin der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz **Staatssekretärin Jacqueline Kraege** (SPD) ihre jeweilige Sicht auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk dar. Pointiert kommentiert wurden die Beiträge vom bekannten Blogger und SPIEGEL-Autor **Stefan Niggemeier**. Erst kurz zuvor hatte die ARD bekannt gegeben, dass sie in Kooperation mit dem ZDF drei der sechs Digitalkanäle einsparen wolle. Da sich das ZDF wenig begeistert von diesen Vorschlägen gezeigt hatte, war nach Tagen der fachöffentlichen Debatte das Interesse groß, das erste öffentliche Zusammentreffen der beiden Spitzen von ARD und ZDF mitzuerleben.

In seiner Einleitung betonte der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion und Moderator **Martin Dörmann**, die Kernfunktionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seien nach wie vor aktuell: er müsse den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, Meinungsvielfalt sicherstellen, Qualitätsstandards setzen und auch gesellschaftlich gewünschte Programme anbieten, die kommerziell nicht tragfähig sind. Er sollte allerdings zeitgemäßer und jünger werden und mit attraktiven Angeboten im Netz präsent sein. Auf aktuelle Angriffe von einigen Verlegern bezogen bemerkte er, es sei wünschenswert, wenn Qualitätsmedien nicht gegeneinander sondern miteinander agieren. Ein gutes Programm und ein scharfes Profil seien die besten Grundlagen für größtmögliche Akzeptanz der öffentlich-rechtlichen Medien, die insbesondere nach der Gebührenumstellung Anfang 2013 unter neuem Legitimationsdruck stünden. Hierbei müsse der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine Gradwanderung zwischen populären Inhalten und Unabhängigkeit von der Quote hinbekommen, um dem Anspruch eines Vollprogramms aus Unterhaltung und Information für alle zahlenden Zuschauerinnen und Zuschauer gerecht zu werden.

Professor **Wolfgang Schulz** wies auf die verfassungsrechtlich garantierte Entwicklungsgarantie des Rundfunks hin. Man dürfe die öffentlichen Inhalte nicht als bloßen „Lückenfüller“ für das begreifen, was der private Rundfunkmarkt nicht von selbst bereitstelle, sondern müsse Programmvielfalt und den „Erhalt einer politisch gehaltvollen Öffentlichkeit“ als Kernpunkt der Weiterentwicklung verstehen. Mit Blick auf Transparenz und Effizienz plädierte er in Anlehnung an den „3-Stufen-Test“ für Online-Inhalte für ein Verfahren, das Relevanz und Reichweite neuer Programminhalte auch im linearen Rundfunk überprüfen solle. Gleichzeitig dürfe man aber mit Blick auf das Verfassungsrecht „nicht Finanzierungsfragen mit Programmfragen vermischen“. Zentralen Optimierungsbedarf sah Schulz in der Erreichbarkeit aller und insbesondere der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Dies könne nur durch verstärkte Innovations- und Experimentierfreudigkeit im Programm erreicht werden, die jedoch gleichzeitig die bestehende Programmqualität nicht aushöhlen dürfe.

Der ARD-Vorsitzende und NDR-Intendant **Lutz Marmor** betonte, unsere Aufgabe ist, den Menschen zu erklären, wofür es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt.“ Der Dreiklang aus Information, Qualität und (politischer bzw. wirtschaftlicher) Unabhängigkeit sei zentral für das Rundfunk-Selbstverständnis. Investigative Recherche (wie im jüngsten Fall der Steueroasen) sei ein gutes Beispiel für die demokratiestützende Arbeit des Rundfunks. Gleichzeitig seien die Sender über ihre Lokalredaktionen und Radiostationen auch in der Fläche verwurzelt und könnten auch dort für hochqualitative Berichterstattung sorgen, wo sonst mit Glück noch eine Lokalzeitung existiere. Mit Blick auf die Kritik am seichten Programm betonte er: „Das Schielen nach Quote ist nicht unanständig!“ Vielmehr müsse die ARD allen Zuschauern gerecht werden. Bewährtes auszubauen und Neues zu probieren gehörten da zusammen. Insgesamt müsse die Jugend stärker in den Blick genommen werden. Ein möglicher neuer Jugendkanal könne aber eine Verjüngung insbesondere der dritten Programme nicht ersetzen. ARD und ZDF seien nur „gemeinsam stark“ und müssten in Zeiten knapper Kassen ihre Kräfte bündeln.

Dr. Thomas Bellut räumte als Intendant des ZDF ein, in manchen Programmbereichen sei „noch Luft nach oben“. Das bisherige Familienprogramm sei lange ein großer Erfolg gewesen, jedoch seien jüngere Zuschauerschichten „ganz klar ein Problem“ im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die „schwierige Zuschauergruppe“ der Jugendlichen habe oft auch andere Ansprüche als zunächst erwartet. So finde das Doku-Segment bei jungen Zuschauern erstaunlich großen Anklang. Aber: Nur mit neuem Personal sei es möglich, neue Gesichter und Programme aufzubauen. Die Digitalkanäle betrachtete Bellut hier als einen Weg, „noch jünger, noch moderner“ zu werden. So sei im Ringen um die besten Konzepte auch die momentane „Disharmonie“ mit der ARD in Sachen Digitalkanäle zu bewerten. Deren Vorschläge seien aber einfach nicht praxistauglich. Dennoch wolle man die Vorschläge einer Reduktion der Digitalkanäle gründlich prüfen, um im Einklang mit der ARD zu effizienteren Strukturen zu kommen. Dies sei nötig, da die Sparzwänge bereits die Schließung des Kulturkanals erzwungen und die Eröffnung neuer Kanäle unmöglich gemacht hätten.

Der Medien-Blogger und SPIEGEL-Kolumnist **Stefan Niggemeier** legte nach den wohlabgewogenen Statements der Intendanten den Finger in die Wunde: Hart aber schmissig-pointiert ging er mit überhäufiger Berichterstattung über royale Ereignisse oder die „Check-Epidemie“ ins Gericht. Zu viel vom Gleichen und Seichten sorge dafür, dass jugendliche Zuschauer einfach nicht einschalten würden: „Ein fehlender Jugendkanal ist nicht der Grund, warum ARD/ZDF nicht von Jugendlichen gesehen wird.“ Die öffentlich-rechtlichen Sender würden nicht als die Orte wahrgenommen, in denen ausprobiert werde, zumal innovative oder hochqualitative Formate oft ins Nachtprogramm verbannt würden. Insgesamt lasse der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Wir-Gefühl vermissen, das er letztlich allen Beitragszahlern schuldig sei.

Staatssekretärin **Jacqueline Krage** aus Rheinland-Pfalz wies auf die vieldiskutierte Gebührenreform und sich damit neu stellende Fragen vonseiten der Zuschauer hin. Dazu gehörten Forderungen nach verstärkter Transparenz und einem besseren Programm. Sie unterstrich, dass es für die Zuschauer nur ein öffentlich-rechtliches System gebe. Differenzen zwischen ARD und ZDF seien daher kaum vermittelbar. Kraege warnte mit Blick auf die mangelnde Erreichbarkeit der jüngeren Zuschauer vor einem „Generationenabriss“, erteilte jedoch jeden Wünschen nach höheren Geldern für einen Jugendkanal eine klare Absage. Alle Veränderungen müssten im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten bewältigt werden. Abschließend ging Kraege auf technische Zukunftsfragen ein, etwa die der Standards für die Übertragungswege (z. B. DVB-T) oder auch Verpflichtungen für Anbieter von sog. Hybrid-Fernsehern. Sie warnte davor, auch im internationalen Raum Medienregulierung nach rein wirtschaftlichen Kriterien zu bemessen: „Medien sind kein Wirtschaftsgut wie jedes andere.“

In der abschließenden, ausführlichen Diskussionsrunde mit den Podiumsteilnehmern brachten sich vor allem die Vertreter von Privatsendern, Kabelnetzbetreibern und Verlegern ein. Auch wenn am Ende der Veranstaltung der Eindruck stand, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter gewaltigem Veränderungsdruck steht, so wurde doch deutlich, dass das Rundfunksystem an sich ein bewährter Garant für Qualität und Vielfalt ist, das es in vielen Einzelfragen zeitgemäßer und innovativer auszurichten gilt.

ZDF-Intendant Thomas Bellut, Martin Dörmann und ARD-Vorsitzender Lutz Marmor

Besuchergruppe aus dem Wahlkreis

Karnevalspräsidenten zu Gast in Berlin

Auf Einladung von **Martin Dörmann** war vom 13. bis 16. März wieder eine Besuchergruppe aus seinem Kölner Wahlkreis zu Gast in Berlin. Bei der vom Bundespresseamt organisierten Fahrt gewann die Gruppe Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt, besuchte beispielsweise den Reichstag, historische Gedenkstätten und politische Informationsveranstaltungen. Sie erlebte eine lebendige Plenumsdebatte über Wirtschafts- und Energiepolitik und diskutierte mit ihrem Abgeordneten anschließend eine Vielzahl aktueller politischer Themen.

Diesmal hatte Martin Dörmann eine 50-köpfige Gruppe mit Mitgliedern von Karnevalsvereinen eingeladen. Mit dabei waren auch deren Präsidenten: **Stephan Demmer** vom „Festausschuss Porzer Karneval“ (FAS), **Thomas Dieckmann** (Urbacher Räuber), **Toni Oster** (KKG Blau-Weiß 1956 e.V. aus Deutz) und **Thorsten Cieply** von den Wahner Wibbelstetze.

Martin Dörmann zeigte sich ganz begeistert von der tollen Stimmung, die die Karnevalisten mit nach Berlin gebracht haben: „Unsere Karnevalsvereine sind für mich von besonderer Bedeutung für das bürgerschaftliche Zusammenleben und die Heranführung von jungen Menschen an das Brauchtum. Mit der Einladung wollte ich einfach einmal Danke für das tolle Engagement und das gute Miteinander sagen. Ich denke, die Gruppe hat dabei einen recht guten Einblick in die Funktionsweise unseres Parlaments und der intensiven Arbeit ihrer Abgeordneten in Berlin bekommen.“

Thorsten Cielpy, Stephan Demmer, Thomas Dieckmann und Toni Oster (v .l.) nach der Verleihung ihrer Vereinsorden an Martin Dörmann

Die Gruppe besuchte neben dem Bundestag auch das Willy-Brandt-Haus

Rolf Hempelmann kritisiert Regierungsversagen bei Energiewende

Bei einer „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung in Deutz diskutierten der energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Rolf Hempelmann**, **Martin Dörmann** sowie **Dieter Steinkamp** zur Energiepolitik. Zuvor hatte Hempelmann in einer beeindruckenden Rede die Bundesregierung scharf kritisiert, weil die Energiewende dilettantisch gemanagt sei und zu großer Planungsunsicherheit bei Unternehmen sowie riesigem Investitionsstau geführt habe.

Besichtigung der Baustelle des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks Niehl 3 mit **Dieter Steinkamp**, dem Vorstandsvorsitzenden der RheinEnergie AG, **Elfi Scho-Antwerpes**, **Rolf Hempelmann** und **Martin Dörmann**. Die Anlage kann - neben der Stromerzeugung - Fernwärme in Kraft-Wärme-Kopplung mit einer Leistung von 265 Megawatt thermisch bereit stellen und damit die Fernwärmeversorgung in Köln langfristig sichern.

Mit NRW-Wirtschaftsminister Duin in Kalk

Der SPD-Stadtbezirk Kalk lud im Mai in das Bürgerhaus Kalk zum traditionellen Frühjahrsempfang ein. Gast war NRW-Wirtschaftsminister **Garrelt Duin**. In seine Rede machte er die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt zu einem zentralen Thema. Gerade junge Menschen hätten es als Berufseinsteiger immer schwerer. Es ginge darum, „zweite Chancen zu geben“, den Einstieg in die Berufswelt zu erleichtert und mehr Alternativen aufzuzeigen. Auch Umschulungsangebote für bereits Berufstätige könnten eine gute Möglichkeit sein, die eigene Zukunftsperspektive zu verbessern.

Man müsse gerade Jugendlichen aufzeigen, dass es sich lohne, auch Berufsbilder abseits der kaufmännischen und handwerklichen Ausbildung in Erwägung zu ziehen. „Nach einer aktuellen Umfrage will nach dem Ansehen einer bekannten Fernsehserie plötzlich ein hoher Prozentsatz der jugendlichen Zuschauer Immobilienmakler werden“. Dieses Beispiel zeige, so Duin, dass gerade die Medien ein gutes Mittel dafür seien, die Situation auf dem Arbeitsmarkt positiv zu beeinflussen.

Bezirksbürgermeister **Markus Thiele** moderierte den anschließenden Talk mit Garrelt Duin und **Martin Dörmann**. Angesprochen wurden dabei insbesondere die Finanzsituation der Kommunen, die Arbeitsmarktlage in der Region sowie aktuelle Kölner Wirtschaftsthemen.

„Brauchtumspflege“ im Senkelsgraben

Zu einem gemeinsamen Grillfest luden **Martin Dörmann**, FAS-Präsident **Stephan Demmer** sowie der Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** im Juni erneut zur schon traditionellen Jeckenparty auf den Bauspielplatz Senkelsgraben in Wahnheide ein. Gut 50 Gäste, darunter die Ratsmitglieder **Monika Möller**, **Frank Schneider** und **Lutz Tempel** sowie Flughafenchef **Michael Garvens**, verbrachten einen schönen Abend. Das eigentlich geplante Fußballspiel auf dem Bolzplatt wurde wegen des bunten Treibens immer wieder verschoben, bis es schließlich wegen Dunkelheit komplett ausfiel. So musste Martin Dörmann erst gar nicht als Schiedsrichter antreten, um das Spiel mit einer grünen Trillerflöte zu verpfeifen. Dafür konnte er mit einer Überraschung aufwarten, als pünktlich zum Start der Party ein Lithomobil der Bundes-SPD eintraf.

Besuch der Luftwaffenkaserne Wahn

Rund 60 Teilnehmer waren pünktlich am Kaserneneingang erschienen, um gemeinsam mit Martin Dörmann und dem Landtagsabgeordneten **Jochen Ott** unter fachkundiger Leitung des Kasernenkommandanten Oberstleutnant **Herfried Martens** die Luftwaffenkaserne in Wahnheide zu besuchen. Es war Martens letzte Führung für eine Besuchergruppe, denn mit seinem bevorstehenden Wechsel in eine neue Stabsfunktion nach Stuttgart rückt er nach vierjähriger Dienstzeit als Standortkommandant wieder näher an seinen Heimatort München zu seiner Familie. Dem Kölner Karneval und den Porzer Vereinen will er jedoch auch in Zukunft die Treue halten, versprach Martens der Besuchsdelegation. Als Nachfolger hat Oberstleutnant **Peter Gerdes** inzwischen das Kommando in Wahnheide übernommen.

Inklusiver Bieselwaldcup in Wahnheide

Zum 8. Mal veranstaltete die Integrative Caritas-Kita am Bieselwald Ende Juni ein Fußballturnier, das sich dem Gedanken der „Inklusion“ widmet, indem es Behinderte einbezieht. Schirmherren des Turniers waren Martin Dörmann, MdL **Jochen Ott** sowie die Ex-FC-Profis **Bernd Cullmann** und **Wolfgang Weber**. Insgesamt spielten diesmal 14 Mannschaften mit Kickern zwischen 3 und 70 Jahren, um Pokale, Medaillen- vor allem aber für ein gutes Miteinander. Martin Dörmann lobte besonders das Engagement von Kita-Leiter **Guntram Müller**: „Es ist vorbildlich, was sie hier seit Jahren mit vielen Bürgerinnen und Bürgern auf die Beine stellen. Es ist wichtig, dass Behinderte und Nichtbehinderte zusammen leben und spielen.“

Beim CSD mit Andrea Nahles

Auch in diesem Jahr war die SPD wieder stark beim Kölner CSD vertreten, um ein Zeichen für Toleranz und Gleichberechtigung zu setzen. Mit einem eigenen Wagen und einer dynamischen Fußgruppe wurde bei der CSD-Parade mitgemacht, darunter Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes**, SPD-Generalsekretärin **Andrea Nahles**, **Martin Dörmann** sowie **André Stinka**, Generalsekretär der NRW SPD (Foto). Nahles war auch eine der Rednerinnen bei der Kundgebung auf dem Heumarkt. Sie kritisierte, dass die Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht getrieben werden muss.

Begleitet von KVB-Chef **Jürgen Fenske** besichtigten **Martin Dörmann**, NRW-Verkehrsminister **Mike Groschek**, SPD-Fraktionsvize **Florian Pronold** sowie OB **Jürgen Roters** am 7. Juli die Baustelle der UB-Bahn-Station Heumarkt. Sie ist Bestandteil der Nord-Süd-Stadtbahn und soll am 11. Dezember eröffnet werden. Groschek sagte auch für die Zukunft Unterstützung des Landes NRW bei Kölner Verkehrsprojekten zu, Pronold forderte mehr Geld vom Bund für Infrastrukturprojekte.

Sigmar Gabriel mahnt mehr Gerechtigkeit an

SPD-Vorsitzender erinnerte sich im Stollwerk an alte Kölner Zeiten

„Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit“ – unter diesem Titel stand am 17. Juni die „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann**, **Karl Lauterbach** und **Rolf Mützenich** im Bürgerhaus Stollwerk. In seiner Einleitungsrede betonte Martin Dörmann, das Streben nach sozialer Gerechtigkeit sei nach wie vor Kernanliegen der deutschen Sozialdemokratie. Dabei gehe es auch immer um die Teilhabe von Menschen, sei es an sozialer Sicherung, Bildungschancen oder wirtschaftlichem Erfolg. Anschließend brach Bürgermeisterin **Elfi-Scho-Antwerpes** als Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Köln das Thema auf kommunale Gesichtspunkte herunter.

Hauptredner des Abends war **Sigmar Gabriel**, der zuvor mit Studenten an der Uni diskutiert hatte. Der SPD-Parteivorsitzende erinnerte sich, dass er selbst als Jugendlicher in Köln für den Erhalt des Stollwerks demonstriert habe: „ich habe hier drin sogar mal übernachtet“. Dann .ging er auf das 150-jährige SPD-Parteijubiläum ein und betonte, die Ziele der SPD seien im Kern gleich geblieben: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Nie habe man sich in seiner Geschichte umbenennen müssen.

Schließlich stellte er anhand konkreter Forderungen wie gesetzlicher Mindestlohn, bezahlbares Wohnen oder Kinderbetreuung die Unterschiede zur schwarz-gelben Bundesregierung dar, die in Klientel- und Symbolpolitik verharre: „Wir brauchen wieder mehr Gerechtigkeit in Deutschland. Darum geht es am 22. September.“

Sigmar Gabriel wurde von Karl Lauterbach, Elfi Scho-Antwerpes und Martin Dörmann vor dem Stollwerk in Empfang genommen

Medienpolitischer Kongress der SPD-Bundestagsfraktion

Diskussion zum „Wert des Journalismus“

Am 7. Juni fanden sich gut 150 Gäste aus Politik, Verbänden, Medien, Wirtschaft, Wissenschaft und Netzcommunity im Reichstag zusammen, um beim Medienpolitischen Kongress der SPD-Bundestagsfraktion über den „Wert des Journalismus“ zu diskutieren. Die Veranstaltung war für diese Legislaturperiode Abschluss und Höhepunkt der Reihe „Medienpolitischer Dialog“, die von Martin Dörmann initiiert und organisiert wurde.

Im ersten Teil der Veranstaltung skizzierten drei prominente SPD-Politiker ihre medienpolitischen Schwerpunkte. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer, **Thomas Oppermann**, eröffnete im Namen der SPD-Fraktion den Kongress. Er sprach von gravierenden Herausforderungen des traditionellen Qualitätsjournalismus, vor die die neuen Medien uns stellten. Durch die neuen Typen von Öffentlichkeit, in denen jeder selbst Urheber werden kann, werde nur ein Teil der gesamten Öffentlichkeit repräsentiert. Dies könne zu Fragmentierung, aber auch, wie am Beispiel des Arabischen Frühlings sichtbar, zu einer Demokratisierung der Kommunikation führen. Die wirtschaftlich prekäre Lage des traditionellen Printgeschäfts brächten laut Oppermann nicht nur Herausforderungen für den Qualitätsjournalismus mit sich, sondern auch für die Politik. Es solle die „Freiheit, Unabhängigkeit und Vielfalt“ der Medienlandschaft gesichert werden. Hierzu müssten Bund und Länder Hand in Hand zusammenarbeiten.

Olaf Scholz hielt als Regierungschef in Hamburg und medienpolitisch profilierter Landespolitiker die Hauptrede des Tages. Der Erste Bürgermeister der Hansestadt sprach von den „grandiosen Chancen“, die sich durch die Digitalisierung für die gesellschaftliche Kommunikation böten. Man könne heute einfache, unabhängige Antworten auf dringende Fragen in Sekundenschnelle finden. Deshalb dürfe man das Internet nicht einfach als „riesiges Problem des Datenschutzes“ darstellen. Sattdessen solle man die Potenziale der Digitalisierung erkennen und die Medienpolitik dementsprechend anpassen. Vor allem müsse man ein Gleichgewicht finden, das die ökonomische Rentabilität für Journalisten und Medienschaffende sicherstellt und gleichzeitig die gesellschaftliche Relevanz der neuen Medien erkennt und fördert. Laut Scholz müsse sich die Politik um die Zukunft des Journalismus kümmern und gleichzeitig eine staatsferne Medienlandschaft sichern. Unter anderem sollten Urheberechte gestärkt werden, die Steuerpolitik zwischen digitalen und analogen Medien angeglichen und die Ausbildung für Journalistinnen und Journalisten gefördert werden.

Professor Dr. **Gesche Joost**, die im Kompetenzteam von **Peer Steinbrück** den Bereich „Vernetzte Gesellschaften“ vertritt, reflektierte anschließend mit einer pointierten Präsentation den Bereich des Online-Journalismus. Als „Chimäre“ bezeichnete die Professorin für Design die neuen Medienformate, bei denen on- und offline nicht mehr klar getrennt sind und welche deshalb wie Fabelwesen mit mehreren Köpfen anmuten. Diese Kreuzungen sollten wir erproben und deren Vorteile ausloten. Der Paradigmenwechsel des Journalismus, bei dem viele Bereiche verschmelzen, biete laut Gesche Joost viele Chancen. Trotzdem dürfe man die potentiellen Nachteile nicht verkennen und hierbei müsse besonders die Politik aktiv mitwirken. Man müsse die „digitale Renaissance des Qualitätsjournalismus politisch begleiten“, in dem man zum Beispiel angemessene Löhne bereitstelle oder Paid-Content Modelle im Onlinejournalismus einführe. Außerdem seien Crowdfunding- oder Stiftungsmodelle Alternativen, um Qualitätsjournalismus auch online zu sichern.

Der zweite Teil des Nachmittags wurde von einem Podium bestritten, das von der profilierten Chefredakteurin der „taz“, **Ines Pohl**, lebendig und wortstark moderiert wurde. Teilnehmer waren **Martin Dörmann**, Stern-Chefredakteur **Hans-Ulrich Jörges**, Spiegel-Online-Chefredakteur **Rüdiger Ditz**, Professor Dr. **Wolfgang Schulz** vom Hamburger Hans-Bredow-Institut und Professor Dr. **Gesche Joost**.

In der Runde wurde über die Zukunft des Journalismus diskutiert. Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, das sich verbesserte Lohnstandards nur über neue Geschäftsmodelle im Bereich der Online-Medien und über die verbesserte Vergütung von Urheberrechten durchsetzen ließen. Zentrale Voraussetzung für Qualitätsjournalismus seien nach wie vor kompetente Journalisten und zukünftig faire und einfache Bezahlmodelle. Starke Marken wie Spiegel Online seien ein guter Anfang, jedoch müsse man die „Wellen“, die von der Netzcommunity

ausgingen, auch zu nutzen wissen. Es bestand Konsens darüber, dass die Veränderungen im Journalismus rasant sind. So müsse die Politik Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Qualität weiter durchsetze. Denn trotz Zeitungssterben und medialem Wandel müsse der ökonomische und ideelle „Wert des Journalismus“ dauerhaft gewahrt werden.

Martin Dörmann hob als medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion hervor, dass die Demokratie hochwertigen Journalismus brauche. Gerade angesichts der Komplexität politischer Abläufe komme es darauf an, Zusammenhänge transparent und verständlich zu machen. In erster Linie sei es Aufgabe der Medienbranche, funktionierende Geschäftsmodelle im digitalen Zeitalter zu etablieren. Angesichts der besonderen Umbruchsituation sei es aber vernünftig, wenn die Politik Rahmenbedingungen verbessert, etwa im steuerlichen Bereich oder durch Stiftungsmodelle zur Förderung der journalistischen Ausbildung. In der neuen Medienwelt habe auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine große Bedeutung als Konstante für Qualitätsjournalismus.

Gewohnt pointiert waren **Hans-Ulrich Jörges** Aussagen zur Zukunft des Journalismus. Es müsse besonders über den Inhalt der neuen meinungsbildenden Online-Medien diskutiert werden, da Plattformen wie Spiegel Online „Leitwölfe“ in den täglichen Medien seien, die enorme Meinungsbildungskraft besäßen. Bei den Jagdanalogien blieb Jörges, indem er vor „Rudeljournalismus“ warnte, bei dem alle in die gleiche Richtung gehen und so eine pluralistische Presse gefährden. Viele Journalisten seien Gefangene des Systems, in dem Reichweite oft über Qualität und gute Recherche gestellt werde. In der rasanten Entwicklung, die Online-Medien in den letzten Jahren unterlaufen haben, hätten viele lokale Zeitungen den Einstieg in die vernetzte Welt verpasst. Er prophezeite das baldige Aussterben der auf Holz gedruckten Medien, die ins Mittealter gehörten und nicht mehr in unsere digitale Welt passten. Jetzt käme es vor allem für kleine existenzgefährdete Redaktionen darauf an, online und interaktiv zu denken. Hierbei könne zum Beispiel eine Stiftung für Lokaljournalismus helfen.

Professor Dr. **Wolfgang Schulz** sprach vom „Agenda-Setting“, das soziale Medien betrieben. „Themenlieferanten für Journalisten sind heute vielfältiger“, so Schulz, da praktisch jeder seine Meinung im Internet kundtun könne. Um die Qualität der Presseerzeugnisse zu sichern, sollte es eine Finanzierung zum Beispiel durch Stiftungen geben. Man müsse Bezahlmodelle für Online-Journalismus nur bequemer machen, damit Menschen sie nutzten. Ähnlich sah es **Gesche Joost**, die ein verlagsübergreifendes Abo-Modell vorschlägt, dass das bezahlte Nutzen von mehreren Medien bequemer mache. Zudem solle man das Urheberrecht für Medienerzeugnisse stärken und zum Beispiel illegale Downloadplattformen eindämmen.

Spiegel Online-Chefredakteur **Rüdiger Ditz** hob die „Informationswellen“, die von sozialen Netzwerken wie Twitter oder Facebook ausgingen, als wertvoll für die Redaktionsarbeit hervor. Man müsse zwar viel filtern, jedoch sei die Schnelligkeit der Informationsverbreitung über soziale Netzwerke unschlagbar und somit wichtig für eine ständig aktuelles Medium wie Spiegel Online. Ein Journalist ist nach Rüdiger Ditz immer noch jemand, der eine gute Geschichte erzählt. Ob dies online oder offline passiere, sei nicht entscheidend. Wichtig seien nur gewissenhafte Arbeit und Glaubwürdigkeit. Dies lasse sich nicht in Blogs oder auf Twitter finden, sondern nur im etablierten Markenjournalismus. Auch Ditz sprach über die verpassten Chancen des Lokaljournalismus, der dringender Fortschritte bedürfe, um mit überregionalen Medien wie Spiegel Online konkurrieren zu können. Er deutete an, dass sich der Spiegel durchaus Gedanken mache, im lokalen Bereich einzusteigen, wenn auch nicht durch größere Redaktionen. Martin Dörmann bedankte sich zum Schluss für eine äußerst spannede Debatte, die man an anderer Stelle weiterführen werde.

Berliner Tagebuch

Von Martin Dörmann, MdB

Die Sitzungswoche vom 24. bis 28. Juni 2013

Um einen Einblick in die Arbeit eines Abgeordneten in Berlin zu geben, schildere ich nachfolgend den Ablauf der Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause.

Montag, 24. Juni

8:30 Uhr: Flug von Köln nach Berlin. Heute tagt der Beirat der Bundesnetzagentur, der Regulierungsbehörde für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen. Dort bin ich als einer der Vertreter des Bundestages Mitglied.

10:15 Uhr: Vorbesprechung der Beiratsmitglieder der SPD

11:00 Uhr: Beirat der Bundesnetzagentur. Fast die ganze Sitzung werden Telekommunikationsthemen behandelt, für die ich innerhalb der SPD federführend bin. Es geht um Breitbandausbau und um das neue Tarifmodell der Telekom, das öffentlich heiß diskutiert wird. Hierzu hatte ich den Präsidenten der „BNetzA“ mit zahlreichen Fragen angeschrieben, die ausführlich beantwortet wurden.

13:00 Uhr: Unterausschuss „Neue Medien“. Zunächst gibt die Bundesregierung einen Bericht zu „Prism“ ab, mit dem der US-Amerikanische Nachrichtendienst NSA in vielen Ländern Daten ausspioniert hat. Es bleibt unklar, was die Regierung wirklich gewusst hat. Anschließend führen wir mit Experten ein öffentliches Fachgespräch zum Thema Netzneutralität. Dabei wird deutlich, dass der vom Bundeswirtschaftsministerium vorgelegte Verordnungsentwurf mehr Fragen aufwirft als Antworten zu geben.

15:00 Uhr: Bürobesprechung mit meinen Mitarbeitern **Stefan Stader** und **Matthias Dahlke**. Wir gehen die Sitzungswoche durch und klären einige Terminanfragen.

16:30 Uhr: Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion.

Ich melde mich gleich nach den einleitenden Worten von **Frank-Walter Steinmeier** zu Verbesserungsmöglichkeiten beim Bundestagswahlkampf.

18:00 Uhr: Sondersitzung der SPD-Fraktion. Unsere drei Matadore **Peer Steinbrück**, **Sigmar Gabriel** und **Frank-Walter Steinmeier** schwören in guten Reden die Fraktion auf den Wahlkampf ein.

19:00 Uhr: Sommerfest des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM). Zwischen zwei Terminen reicht es immerhin für einige kurze Gespräche. **Olaf Scholz** ist auch dabei.

20:00 Uhr: NRW-Landesgruppe der SPD-Fraktion mit Norbert Römer, dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion.

Dienstag, 25. Juni

9:00 Uhr: Sondersitzung des Bundestages mit einer Regierungserklärung zur Hochwasserkatastrophe. Bund und Länder haben sich bezüglich der Finanzierung der Hochwasserhilfe geeinigt.

11:15 Uhr: SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie. Wir bereiten die nächste Ausschusssitzung vor.

13:15 Uhr: SPD-Arbeitsgruppe Kultur und Medien. Zu Gast ist heute **Oliver Scheytt**, der im Kompetenzteam von Peer Steinrück für den Bereich Kultur zuständig ist.

14:30 Uhr: SPD-Fraktionssitzung. Das komplette Kompetenzteam Peer Steinbrücks nimmt teil, die zuletzt Benannten stellen sich kurz vor. Anschließend gehen wir die Plenarthemen dieser Woche durch. Zwischendurch können die Fraktionsmitglieder ein Foto mit dem Kanzlerkandidaten machen. Peer ist gut drauf….

18:00 Uhr: Hoffest der SPD-Fraktion. Am Haus der Kulturen, landläufig „Schwangere Auster“ genannt, feiern wir unser traditionelles Fest vor der Sommerpause. Abgeordnete, Mitarbeiter/innen, viele Sozialdemokraten aus den Ländern und andere Gäste tauschen sich aus. Peer Steinbrück hält eine mitreißende Rede, in der er überzeugend seinen Siegeswillen zeigt und alle anwesenden Sozialdemokraten für den Wahlkampf motiviert.

Mittwoch, 26. Juni

8:45 Uhr: Obleuterunde Wirtschaftsausschuss. An der vorbereitenden Sitzung für den Ausschuss nehmen die Sprecher bzw. Obleute der Fraktionen teil, daneben **Ernst Hinsken** (CSU) als Vorsitzender und ich als sein Stellvertreter.

9:15 Uhr: Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie. Zu Beginn haben wir Experten eingeladen, um mehr über die Auswirkungen der Flutkatastrophe zu erfahren. Danach sprechen wir mit dem DGB-Vorsitzenden **Michael Sommer**. Er wirbt nachdrücklich für einen gesetzlichen Mindestlohn und zeigt sich hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung skeptisch. Wir haben heute eine Rekordzahl von Tagesordnungspunkten, deshalb werden die meisten Anträge ohne Debatte abgestimmt.

13:30 Uhr: Bürobesprechung**.** Mit meinen Mitarbeitern gehe ich aktuelle Anfragen und Vorgänge durch.

14:30 Uhr: Telefonkonferenz mit meinem Wahlkreisbüro in Köln. Wir stimmen Termine und Veranstaltungen ab. Anschließend arbeite ich einige Diktate ab.

17:30 Uhr: Gespräch mit Forsa-Chef Prof. Güllner. Ich kenne ihn aus früheren Kölner Tagen, als er noch Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Köln war.

19:00 Uhr: Unitymedia Sommerfest. Die halbe TK-Branche scheint hier versammelt. Man geht hin, um sich auszutauschen. Und tatsächlich: Ich erhalte eine sehr hilfreiche Information von einem Regierungsvertreter.

20:00 Uhr: „Bewegung jetzt“. Treffen einer neuen rot-grünen Initiative zur Bundestagswahl. Ein Manifest mit 10 Punkten wird vorgestellt. Die meisten rot-grünen Spitzenkräfte von Partei und Fraktion sowie viele Unterstützer/innen sind gekommen, um ein Zeichen für den notwendigen Politikwechsel in Deutschland zu setzen.

Donnerstag, 27. Juni

7:30 Uhr: Parlamentarisches Frühstück. Von Vertretern der Deutschen Bahn AG werden wir über den Lärmschutz an Schienenwegen informiert.

9:00 Uhr: Regierungserklärung und Plenardebatte zum G8-Gipfel und zum Europäischen Rat. Das letzte Mal vor der Sommerpause kommt es zu einem parlamentarischen Schlagabtausch zwischen **Angela Merkel** und **Peer Steinbrück**. Die Kanzlerin hält mal wieder einen buchhalterischen Vortrag, der offensichtlich selbst die eigenen Leute eher ermüdet, einige gähnen auffallend oft. Dann kommt Peer. Er hat in den letzten Wochen einiges einstecken müssen. Er kritisiert die weitgehende Tatenlosigkeit der Bundesregierung bei der Bekämpfung der europaweiten Jugendarbeitslosigkeit sowie die horrenden Schulden, die die jetzige Regierung in den letzten vier Jahren gemacht hat: „Sie können nicht mit Geld umgehen.“ Wir sind alle von der brillianten Rede und seinem souveränen Auftritt beeindruckt. Auch die Medien horchen auf. So einer kann Kanzler!

11:00 bis 23:00 Uhr: Büro und Plenum. Der heutige Tag hat es wieder in sich. Gleich zwei Bundestagsreden muss ich diktieren, die wegen der übervollen Tagesordnung leider nur zu Protokoll gehen. Darin geht es um unseren Gesetzentwurf für ein Presseauskunftsgesetz sowie um unseren Antrag zu Breitbandausbau und Netzneutralität. Zwischendurch einige Telefonate, Bürorücksprachen und immer wieder namentliche Abstimmungen, zu denen ich ins Plenum gerufen werde. Dazwischen:

20:00 Uhr: Netzwerktreffen mit Frank Stauss, der sein Buch „Höllenritt Wahlkampf“ vorstellt und alle mit geistreichen, witzigen Anmerkungen beeindruckt.

Freitag, 28. Juni

7:30 Uhr: Größerer Wohnungsputz vor der Sommerpause. Ordnung muss sein.

10:00 bis 15 Uhr: Büro. Den Vormittag verbringe ich fast ausschließlich mit dem Abarbeiten von Texten und Anfragen. Zwischendurch eine namentliche Abstimmung zum Betreuungsgeldgesetz. Wir wollen die „Herdprämie“ abschaffen und das Geld lieber in den Ausbau von Kitaplätzen stecken.

16:00 Uhr: Flug nach Köln. Ein Wochenende mit vielen Wahlkreisterminen steht vor der Türe.

Parlamentarische Initiativen

Nachfolgend eine kleine **Auswahl** der politischen Initiativen von **Martin Dörmann** in dieser Legislaturperiode:

Bundestagsanträge

- **Netzneutralität** und Diskriminierungsfreiheit gesetzlich regeln, **Mindestqualitäten bei Breitbandverträgen** sichern und **schnelles Internet für alle** verwirklichen (Drucksache 17/13892)
- Entschließung zur **Urheberrechtsreform / Leistungsschutzrecht** für Presseverleger (Drucksache 17/12546)
- **Presseauskunftsgesetz**: Auskunftspflicht von Bundesbehörden gegenüber der Presse (Drucksache 17/12484)
- Projekt Zukunft - Deutschland 2020 - **Ein Pakt für die Kreativwirtschaft** (Drucksache 17/12382)
- Freiheit und Unabhängigkeit der Medien sichern, **Vielfalt der Medienlandschaft** erhalten und **Qualität im Journalismus** stärken (Drucksache 17/10787)
- **Potentiale von WLAN-Netzen nutzen** und Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber schaffen (Drucksache 17/11145)
- Für einen neuen Infrastrukturkonsens: Gemeinsam Zukunft planen – **Infrastruktur bürgerfreundlich voranbringen** (Drucksache 17/9156)
- Instrumente zur **Förderung der Medienvielfalt** auf solide **Datenbasis** stellen (Drucksache 17/9155)
- Entwurf eines Gesetzes zur **Stärkung der Pressefreiheit** (Drucksache 17/9144)
- Gesetzentwurf zur Regelung der **Entscheidungslösung im Transplantationsgesetz** (Drucksache 17/9030)
- **Presse-Grosso** gesetzlich verankern und **Änderung des Pressefusionsrechts** (Drucksachen 17/12679, 17/12680, 17/8923)
- Impulse für den **Standort Deutschland** – Für eine moderne **Industriepolitik** (Drucksache 17/8572)
- Gesetzentwurf zur Änderung des **Telemediengesetzes (TMG)** (Drucksache 17/8454)
- Chancen nutzen – **Vorsorgende Wirtschaftspolitik** jetzt einleiten (Drucksache 17/8346)
- Entschließungsantrag zum Gesetz zur **Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen** (Drucksache 17/7527)
- **Schnelles Internet für alle** – Flächendeckende Breitband-Grundversorgung sicherstellen und Impulse für eine dynamische Entwicklung setzen (Drucksache 17/5902)
- **Netzneutralität im Internet** gewährleisten – Diskriminierungsfreiheit, Transparenzverpflichtungen und Sicherung von Mindestqualitäten gesetzlich regeln (Drucksache 17/5367)
- **Verbraucherschutz in der Telekommunikation umfassend stärken** (Drucksache 17/4875)
- **Zugangserschwerungsgesetz aufheben** – Verfassungswidrigen Zustand beenden (Drucksache 17/4427)
- Betroffene **Kultureinrichtungen nach Frequenzumstellung** für drahtlose Mikrofone **angemessen entschädigen** (Drucksache 17/3177)
- Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft – **Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung** schaffen (Drucksache 17/521)

„Kleine Anfragen“ und „Große Anfragen“

- Monitoring der **Energiewende** (Drucksache 17/10787)
- Stand der **Umsetzung des Koalitionsvertrags im Bereich Wirtschaft und Technologie** (Drucksache 17/6596)
- **Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft** – Stand der Bemühungen der Bundesregierung (Drucksache 17/6595)
- **Modernes und zukunftsfähiges Urheberrecht** – Stand „Dritter Korb“ (Drucksache 17/6560)
- Zur Lage der **Meinungs- und Pressefreiheit in der Europäischen Union** (Drucksache 17/4857)
- Verstärkung der **wirtschaftspolitischen Steuerung** in der **Europäischen Union** (Drucksache 17/4081)
- **Stand und Perspektiven des Breitbandausbaus** in Deutschland (Drucksache 17/3899)

- Verbesserung der **Medienkompetenz und Medienbildung im Onlinebereich** (Drucksache 17/3897)
- Sachstand wichtiger **Verkehrsprojekte in Nordrhein-Westfalen** (Drucksache 17/3895)
- **Rechtsextremismus im Internet** (Drucksache 17/1788)
- Ökonomische **Wirkung der Konjunkturpakete** (Drucksache 17/1616)
- **Abmahnmissbrauch im Online-Handel** (Drucksache 17/1447)
- **Verlängerung von Restlaufzeiten von Atomkraftwerken** – Auswirkungen auf die Entwicklung des Wettbewerbs auf dem Strommarkt und auf den Ausbau der erneuerbaren Energien (Drucksache 17/832)

Hinweise:
Durch Eingeben der **Drucksachennummer** in die Internet-Suchmaschine gelangt man in der Regel gleich auf das Dokument auf den Bundestagsseiten. Die meisten Anträge sowie meine zahlreichen **Bundestagsreden** und **Pressemitteilungen** finden sich auf meiner **Homepage**.

„Es geht um Zukunftschancen und gesellschaftlichen Zusammenhalt“

Welche Bilanz ziehst Du nach vier Jahren schwarz-gelber Bundesregierung?

Es waren verlorene Jahre. Innenpolitisch hat uns keine Entscheidung dieser Koalition nach vorne gebracht. Im Gegenteil: Klientelpolitik wie überflüssige Steuerentlastungen für Hoteliers oder familienpolitisch unsinnige Maßnahmen wie das Betreuungsgeld haben uns ebenso zurückgeworfen wie eine katastrophal gemanagte Energiewende. Hinzu kommen drastische Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik und bei den Mitteln für Städtebauförderung. Ansonsten hat diese Koalition nichts vorzuweisen außer der ewigen Zerstrittenheit in wichtigen Fragen, die zum politischen Stillstand führt.

Aber wirtschaftlich steht Deutschland im europäischen Vergleich recht gut da?

Das hat aber am wenigsten mit Entscheidungen dieser Regierung zu tun. Welche sollten das sein? Deutschland hat sich unter Rot-Grün modernisiert. Und in der Großen Koalition hat die SPD in der Finanzkrise mit den Konjunkturprogrammen und dem Kurzarbeitergeld die entscheidenden Konzepte geliefert, von denen wir heute profitieren, gerade auch am Arbeitsmarkt. Im Übrigen war es richtig, dass wir Sozialdemokraten immer dafür eingetreten sind, Deutschland als Industriestandort zu sichern und nicht einseitig auf die Dienstleistungsbranche oder gar den Finanzsektor zu setzen. Das hat sich in der Krise ausgezahlt.

Wo will die SPD nach der Bundestagwahl andere Akzente setzen?

Wenn Deutschland seine Zukunftschancen wahren will, dürfen wir uns nicht weiter so durchwursteln wie unter dem Gespann Merkel-Rösler. Die Herausforderungen liegen auf der Hand: Die Chancen in unserer Gesellschaft sind ungleich verteilt. Wenn die Menschen das Gefühl haben, es geht letztlich nur um die wirtschaftlichen Interessen Weniger, droht das den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden. Großstädte ächzen unter hohen Sozialllasten und zu geringen Einnahmen. Und bei der Infrastruktur leben wir von der Substanz. Auch wirtschaftlich werden wir letztlich nur erfolgreich sein, wenn wir mehr in Bildung, eine bessere Infrastruktur und in die Kommunen investieren.

Was heißt das konkret?

Die SPD will, dass der Bund und die Länder insgesamt 20 Milliarden Euro mehr für Bildung bereitstellen. Im OECD-Vergleich ist Deutschland bei den Pro-Kopf-Ausgaben allenfalls Mittelmaß. Bei uns hängen mehr als in anderen Ländern die Berufschancen von Kindern stark von der Vorbildung und dem wirtschaftlichen Status der Eltern ab. Das muss sich ändern - durch kleinere Klassen, bessere Betreuungsmöglichkeiten und zusätzliche Ganztagsschulangebote. Das würde zugleich die Chancen von Frauen erhöhen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Uns ist es besonders wichtig, Familien zu stärken. Für sie muss mehr getan werden.

Und im Bereich der Infrastruktur?

In Deutschland sind schon alleine 320 Brücken stark renovierungsbedürftig, von den Straßen ganz zu schweigen. Deshalb müssen wir bereits für den Erhalt der Verkehrswege zusätzliche Mittel organisieren und klare Prioritäten setzen.

Wie soll das alles finanziert werden?

Bereits 2011 hat die SPD ein Steuer- und Finanzkonzept vorgelegt, das solide gerechnet ist und nun im Wesentlichen Bestandteil unseres Regierungsprogramms wurde. Im Gegensatz zu anderen Parteien machen wir nicht nur Wahlversprechen, wir sagen auch, wie sie zu finanzieren sind. Nämlich durch eine vertretbare Mehrbelastung hoher Einkommen und Vermögen, die niemanden zwingen wird, weniger zu konsumieren. Von der Erhöhung der Einkommenssteuer werden nur 5 Prozent der Steuerpflichtigen überhaupt betroffen sein. Daneben werden wir die Steuerentlastungen für Hoteliers sowie das Betreuungsgeld wieder abschaffen. Letzteres werden wir in neue Kitas umlenken. Denn klar ist: Wir wollen nichts auf Pump finanzieren, sondern solide haushalten.

Kommen wir zur Arbeit als Abgeordneter: Was sind Deine persönlichen Arbeitsfelder in Berlin?

Meine Schwerpunktthemen sind Wirtschaft, Medien und Netzpolitik. Zum Bespiel bin ich medienpolitischer Sprecher meiner Fraktion, stellvertretender Wirtschaftsausschussvorsitzender und Mitglied im Beirat unserer Regulierungsbehörde Bundesnetzagentur, die sich in besonderer Weise mit dem Netzausbau beschäftigt. Seit vielen Jahren befasse ich mich mit dem Breitbandausbau und habe hier

für die SPD umfangreiche Konzepte erarbeitet, wie wir „Schnelles Internet für alle“ sichern können. Da hat Deutschland einen großen Nachholbedarf, weshalb ich dankbar bin, dass Peer Steinbrück dies immer wieder prominent anspricht. Und gerade im Medienbereich haben wir es durch die Digitalisierung und den zunehmenden Einfluss des Internets mit einer radikalen Umbruchsituation zu tun, für die wir auch politische Rahmenbedingungen verändern müssen. Insofern gehen die von mir verantworteten Themen ineinander über. Das finde ich besonders spannend.

Welche Rolle spielt der Kölner Wahlkreis angesichts zahlreicher Sitzungswochen in Berlin?

Eine große. Ohne eine starke Verankerung in Köln könnte ich meine Tätigkeit als Abgeordneter gar nicht vernünftig ausfüllen. Gerade weil ich bislang immer direkt gewählt wurde, empfinde ich es als meine besondere Verantwortung, für die Menschen ansprechbar zu sein. Deshalb unterhalte ich gleich drei Bürgerbüros, in denen ich regelmäßig Sprechstunden durchführe und auch mein Mitarbeiterteam mit Rat und Tat zur Seite steht. Und natürlich halte ich den ständigen Kontakt mit Vereinen, Kommunalpolitikern sowie wichtigen Betrieben und Einrichtungen. Da kann ich immer wieder mal ganz konkret helfen.

Welche Projekte oder Entscheidungen willst Du für Köln voranbringen?

Gerade eine Großstadt wie Köln ist dringend darauf angewiesen, dass wir als Bund die Kommunen finanziell entlasten, etwa bei Sozialausgaben, und gleichzeitig mehr Mittel für Bildungsmöglichkeiten, Betreuungseinrichtungen und eine gute Infrastruktur zur Verfügung stellen. So müssen beispielsweise die Städtebaumittel wieder auf das Niveau aufgestockt werden, das sie unter Rot-Grün erreicht hatten. Bei der Verkehrsinfrastruktur ist der Ausbau des Bahnknotens Köln von besonderer Bedeutung, um die zukünftigen Personen- und Güterverkehrsströme bewältigen zu können.

Wie viel Zeit bleibt einem Abgeordneten eigentlich noch für die Familie und sein privates Umfeld?

Definitiv viel zu wenig! Bei einer 70-Stundenwoche und zahlreichen Wochenendterminen wird der Spielraum eigentlich von Jahr zu Jahr immer enger. Es ist schon befremdlich, wenn man manchmal Freunden Terminvorschläge in zwei Monaten anbieten muss, wenn nicht doch noch etwas dazwischen kommt. Zudem wird durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten eine ständige Überallerreichbarkeit vorausgesetzt. Dieser Erwartung kann man sich kaum entziehen.

Was reizt Dich offenbar dennoch an der Abgeordnetentätigkeit?

Ich empfinde mich als durch und durch politischen Menschen und habe mich schon seit meiner Jugend besonders für bundespolitische Themen interessiert. Insofern gibt es für mich nichts spannenderes, als Parlamentarier zu sein. Zumal man immer mit vielen und ganz unterschiedlichen Menschen zu tun hat. Das macht mir einfach Spaß.

Und deshalb trittst Du wohl auch wieder an. Was erhoffst Du Dir von der Bundestagswahl am 22. September?

Ein klares Votum für einen Wechsel zu Rot-Grün und damit zu einer gerechteren Politik, die alle Menschen mitnimmt und die Potenziale unseres Landes nicht brachliegen lässt. Und für mich persönlich natürlich ein gutes Erststimmenergebnis, damit ich Köln auch weiterhin im Bundestag vertreten kann. Es gibt noch viel zu tun!

„Wir müssen mehr für Bildung und Familien tun“

Besuch des Curanum Seniorenstift in Porz: „Wir brauchen mehr Anerkennung und Unterstützung für die Pflege“

„Die tun mir Leid – die müssen immer flitzen“ – eine ältere Bewohnerin brachte auf den Punkt, wo die besonderen Herausforderungen für das Pflegepersonal liegen, nämlich vor allem in der knappen Zeit, um allen Anforderungen gerecht zu werden.

Martin Dörmann (SPD) konnte sich bei seinem Besuch des Curanum Seniorenstifts in Porz Ende Juli zum wiederholten Male einen persönlichen Eindruck von der Einrichtung verschaffen. Das Seniorenstift bietet ein breites Spektrum von Leistungen an, von betreutem Wohnen bis hin zu stationärer Dauerpflege.

Nach einem Rundgang durch die Anlage mit Stiftsdirektorin **Lydia Berg**, der stellv. Leiterin **Maria Paschke** sowie dem Pflegedienstleiter **Thomas Loschinski** sprach er mit Bewohnerinnen und Pflegepersonal über ihre Einschätzungen zur Pflege. Dabei wurde deutlich, dass die gesetzlich festgelegten Dokumentationspflichten in den letzten Jahren immer weiter gewachsen sind und bis zu einem Drittel der Arbeitszeit ausmachen, ohne dass sich der Pflegeschlüssel verändert hätte. Deshalb steht zur persönlichen Betreuung immer weniger Zeit zur Verfügung. Ein großes Dilemma, weil das Pflegepersonal hoch motiviert ist und sich eigentlich intensiv um die Menschen kümmern will. „Ich kenne keinen Beruf, bei dem man so positive Rückmeldungen bekommt“, sagte Frau Berg. Deshalb sei auch völlig unverständlich, dass der Pflegebereich in Deutschland in den Medien zum Teil sehr kritisch kommentiert würde. Das entspräche nicht der Wirklichkeit und würde junge Menschen eher davon abhalten, diese Berufe zu ergreifen.

Martin Dörmann zeigte sich zum Abschluss seines Besuches von der hohen Motivation der Pflegekräfte und dem harmonischen Miteinander in der Einrichtung sehr beeindruckt: „Wir brauchen mehr gesellschaftliche Anerkennung für die Pflegeberufe und eine bessere finanzielle Ausstattung der Pflege. Die SPD-Bundestagfraktion hat deshalb im Frühjahr ein umfassendes Pflegekonzept vorgelegt, das darauf abzielt, ein attraktives Berufsumfeld zu schaffen und bessere Pflege zu organisieren. Von einer guten Pflege profitieren wir schließlich alle.“

HöVi-Land: „Wir fahren nach Berlin!“

Einladung von Martin Dörmann in den Bundestag

Jedes Jahr nehmen rund 500 Kinder aus den Stadtteilen das dreiwöchige Ferienangebot der Zeltstadt „HöVi-Land“ in Vingst war. Dieses einmalige Projekt soll auch Kindern, die ansonsten aufgrund verschiedenster sozialer Probleme nicht in Urlaub fahren können, eine schöne Sommerzeit bieten. Es wurde 1994 in enger ökumenischer Zusammenarbeit der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden Höhenberg und Vingst ins Leben gerufen.

Im „HöVi-Land“ hält man zusammen!

Auch bei der 20. Ferienspielaktion wurde den „Pänz“ in diesem Jahr von den über 250 Unterstützern wieder einiges geboten. Davon, dass die Kinder viel Spaß dabei haben, konnte sich der Bundestagsabgeordnete **Martin Dörmann** (SPD) bei seinem Besuch am 7. August ein eigenes Bild verschaffen. Begleitet vom „HöVi-Doc“ **Michael Paetzold** machte er einen Rundgang durch die Anlage und sprach mit vielen Kindern und Helfern: „Es ist immer wieder tief beeindruckend, mit welcher Freude und welchem Elan hier alle bei der Sache sind. Viele ehrenamtliche Helfer opfern ihren Urlaub dafür, es gibt ein tolles Zusammengehörigkeitsgefühl“, so Dörmann begeistert.

Im Oktober werden **100 „HöVi-Menschen“**, wie sie sich selbst nennen, für fünf Tage in Berlin sein. Auf Initiative von Martin Dörmann erhalten sie als kleine Belohnung innerhalb eines Besucherkontingentes die Fahrtkosten vom Bundestag ersetzt. Selbstverständlich steht dabei auch ein Besuch im Reichstag und ein Gespräch mit dem Wahlkreisabgeordneten auf dem Programm: „Ich freue mich bereits auf unser Wiedersehen in Berlin. Ein paar Gemeinsamkeiten gibt es ja sogar zwischen dem Bundestag und der Zeltstadt „HöVi-Land“: Man ist stets ein wenig von der Großwetterlage abhängig. Das Domizil bezieht man immer nur auf Zeit. Und beide sind echte Institutionen, die wir nicht missen wollen.“ „HöVi-Land goes Berlin“, heißt also das Motto. Oder, wie eine Helferin ankündigte: „Jetzt rocken wir den Bundestag!“

Kölsche Radtour und Fachgespräch zur Wohnungslage mit André Stinka

Im Rahmen seiner Sommertour durch NRW kam **André Stinka**, Generalsekretär der NRW-SPD; am 23. Juli nach Köln. Auf Einladung von **Martin Dörmann** nahm er zunächst an einer „Kölschen Radtour“ teil. Im Anschluss fand in Poll ein Fachgespräch mit Experten zur aktuellen Wohnungslage statt.

Ausgangspunkt der Fahrradtour bildete das historische Rathaus in der Innenstadt. Der Porzer Bezirksbürgermeister **Willi Stadoll** konnte den Tourteilnehmern einige interessante Fakten zur Kölner Geschichte näherbringen. Anschließend führte die Fahrradtour über die Hohenzollernbrücke nach Deutz und von dort aus am Rheinufer in Richtung Poll. Entlang der Strecke wurde an mehreren Orten kleine Pausen eingelegt, an denen die Abgeordnetenmitarbeiterin **Claudia Brock** sowie der Kölner SPD-Geschäftsführer **Frank Mederlet** aktuelle kommunalpolitische Projekte erläuterten.

Zielpunkt war schließlich die Gaststätte „Poller Fischerhaus“. Dort führten Martin Dörmann und André Stinka ein Fachgespräch zur aktuellen Wohnungslage. Zu den Gesprächsteilnehmern zählten SPD-Ratsmitglied **Frank Schneider** als Gastgeber, GAG-Vorstandsvorsitzender **Uwe Eichner**, **Franz-Georg Rips**, Präsident des Deutschen Mieterbundes, **Rolf Blandow** (Veedel e. V.) sowie **Jürgen Becher**, Geschäftsführer des Mietervereins Köln.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass mehr für eine Begrenzung der Mieten und einen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus getan werden müsse, um eine Verschärfung der Wohnungslage gerade in Großstädten wie Köln zu vermeiden. Martin Dörmann wies auf entsprechende Konzepte der SPD hin, etwa auf den im Regierungsprogramm vorgesehenen „Aktionsplan für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“: „Dazu gehört neben einer Mietpreisbremse, dass wir den Kommunen auch finanziell wieder die Luft zum Atmen geben, die sie für soziale Projekte und Städtebauförderung brauchen“, unterstrich der Bundestagsabgeordnete.

André Stinka nahm seinerseits einige konkrete zusätzliche Anregungen für die Landespolitik mit. Der SPD-Generalsekretär zeigte sich mit seinem Kölnbesuch rundum zufrieden.

Mit Steinmeier in Porz

Mietpreisbremse und bessere Kommunalfinanzen

Die SPD-Bundestagsfraktion will nach der Bundestagswahl Kommunen finanziell spürbar entlasten und den Mietanstieg wirksam begrenzen. Zugleich wolle man dafür sorgen, dass es wieder mehr sozial geförderten Wohnungsbau gebe. Das machte der Fraktionsvorsitzende **Frank-Walter Steinmeier** bei seinem Besuch in Porz-Finkenberg deutlich. **Martin Dörmann** hatte am 11. Juli zu einem Fachgespräch über die Themen „Bezahlbares Wohnen und Kommunalfinanzen“ eingeladen. Mit den beiden Parlamentariern sowie OB **Jürgen Roters** diskutierten **Jürgen Auth**, Sozialraumkoordinator der Stadt Köln, **Rolf Blandow** vom Veedel e. V. sowie **Elmar Lieser**, Leiter für Sozialmanagement bei der Wohnungsbaugesellschaft GAG.

Die Experten gaben einen Überblick zur schwierigen Wohnungssituation in Köln und bestätigten, dass es eindeutig zu wenig geförderte Sozialwohnungen gebe. Jürgen Roters begrüßte die von der SPD geplante finanzielle Entlastung der Kommunen und Erhöhung der Infrastrukturmittel. Die vorgesehene Mietpreisbremse könne erheblich dazu beitragen, den Preisanstieg auf dem Wohnungsmarkt zu dämpfen. Martin Dörmann hatte zuvor in seiner Begrüßung die von Jürgen Auth und der ebenfalls anwesenden SPD-Ratsfrau **Monika Möller** mit gegründete Mieterinitiative in Finkenberg besonders gelobt. Die SPD stehe auf der Seite der Mieterinnen und Mieter und wolle im Bund wirksame Maßnahmen gegen die Mietpreisspirale ergreifen. Der Bundestagsabgeordnete ergänzte: „Wir müssen die Kommunen finanziell stärken, damit sie vor Ort den sozialen Zusammenhalt organisieren können. Dazu gehört auch, das Programm „Soziale Stadt“ wieder aufleben zu lassen. Die SPD will handlungsfähige und solidarische Kommunen.“

Martin Dörmann mit Frank-Walter Steinmeier und OB Jürgen Roters in Finkenberg

Sommerempfang im Bürgerbüro Porz

Im Rahmen eines Sommerempfangs von **Martin Dörmann** im Bürgerbüro Porz stellte SPD-Ratsfrau **Susana dos Santos Herrmann** ihr Kinderbuch „Wirbel im Rathaus“ vor (Foto, links Ulf Florian). Darin werden auf kindgerechte Art die Arbeit eines Bürgermeisters und die Abläufe in der Kommunalpolitik geschildert. Beim Demo-Kommunalkongress in Berlin wurde das Buch mit dem „Kommunalfuchs 2013“ ausgezeichnet.

Auf Vermittlung von Martin Dörmann und FAS-Präsident Stephan Demmer setzte die Autowerkstatt von David Weber kostenlos ein Fahrzeug in Stand, das der Lebensmittelhilfe in Eil gehört. Deren Leiterin Gabriele Matzanke bedankte sich bei allen Beteiligten für die tolle Unterstützung.

Netzpolitische Gespräche mit Gesche Joost

Prof. Gesche Joost, die Internetexpertin im Kompetenzteam von **Peer Steinbrück**, war am 5. August ganztätig in der Domstadt unterwegs, um mit Fachleuten und Bürgern über netzpolitische Themen zu sprechen. Begleitet wurde sie von **Martin Dörmann** sowie **Valentina Kerst**. Die beiden hatten das umfangreiche Programm organisiert. Mit Fachleuten der Stadt sowie dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Rat **Martin Börschel**, MdL wurde zunächst das Verwaltungskonzept „Internetstadt Köln“ besprochen. Gesche Joost gefiel vor allem der umfassende Ansatz, der von mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger bis hin zu Fragen der Ansiedlung von Internetunternehmen reicht.

Wie man Firmengründer besser unterstützen kann, war abends auch Thema eines Besuches beim Projekt „Startplatz“ von **Dr. Lorenz Gräf**. Dazwischen war die Gruppe zu Gast bei eco, dem Verband der Internetwirtschaft. Hierbei ging es ebenso wie bei einem anschließenden Gespräch mit internetaktiven Senioren um PRISM, dem Überwachungsprogramm der US-amerikanischen Sicherheitsbehörde NSA. „Wir brauchen nun schnell klare Infos und Maßnahmen der Bundesregierung sowie eine europäische und internationale Lösung“, betonte Joost.

Ein starkes Wahlkreis-Team vor dem Bürgerbüro Porz

Tim Cremer, Kai Bistram, Martin Dörmann, Nadesha Klugiewicz, Juliane Peisker und Jan Weber (v. l.)

Nachfolgend einige Fotos vom Wahlkampf sowie von weiteren Sommerterminen mit Martin Dörmann

Wahlkampfauftakt in Porz

Wahlkampfdreh für das Magazin Monitor (ARD 19.9.)

Mit Hannelore Kraft beim Bauspielplatz Senkelsgraben

Gute Laune beim Kandidatenshooting mit Peer

Zoobesuch mit der Lebensmittelhilfe Eil

Mit Olaf Scholz in Humboldt/Gremberg

Benefizspiel SV Westhoven gegen Altinternationale

Infostand in Vingst

Fachgespräch mit WDR-Intendant Tom Buhrow

Diskussion mit Thomas Oppermann

Das Wahlkampfvideo 2013 (siehe Homepage)

Singen mit Ulf beim „Ädäppelsdag“ der Porzer SPD

Mit Matthias Machnig beim TÜV und DLR

Immer gut drauf: Erich und Jule!

Mit Christine Krajewski beim Flughafen Köln/Bonn

Infostand am Eigelstein

Ein super motiviertes Mitarbeiterteam

Verdienter Wahlkampfabschluss

Ein nachdenkliches SPD-Kandidatenteam am Wahlabend

Martin Dörmann gewinnt zum vierten Mal den Bundestagswahlkreis Köln I

„Vielen Dank an alle, die mich gewählt und unterstützt haben!"

Es war der im Vorfeld erwartete Krimi. Erst um 23:28 Uhr erreichte **Martin Dörmann** der erlösende Anruf des Wahlleiters: mit 402 Stimmen Vorsprung zum vierten Mal den Wahlkreis gewonnen! Zahlreiche SPD-Mitglieder feierten mit ihm im „Poller Haus". Sein Erststimmenergebnis von 2009 konnte Martin Dörmann um 5.000 Stimmen und zwei Prozentpunkte auf 37 Prozent steigern:

"Ein Riesendank an alle, die mich gewählt und im Wahlkampf unterstützt haben! Das Kämpfen hat sich gelohnt. Ich freue mich sehr, dass ich auch weiterhin für die Menschen in meinem Wahlkreis politisch arbeiten darf. Wir stehen sicherlich vor großen Herausforderungen in der neuen Legislaturperiode. Ich werde mein Bestes geben, um das erneute Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in mich zu rechtfertigen. Schade, dass Elfi-Scho-Antwerpes nicht mit dabei ist - aber Glückwunsch an meine ebenfalls erfolgreichen Kölner SPD-Kollegen Rolf Mützenich und Karl Lauterbach. Wir bleiben ein starkes Kölner Team in Berlin!"

Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

Erststimmen

Kandidaten	Prozent	Veränderung	Absolute Stimmen
Martin Dörmann, SPD	**37,0**	**+ 2,0**	**48.633**
Karsten Möring, CDU	**36,7**	**+ 3,1**	**48.231**
Berivan Aymaz, Grüne	**10,3**	**- 2,1**	**13.514**
Heinz Fischer, Die Linke.	**6,5**	**- 1,9**	**8.584**
Stefanie Ruffen, FDP	**2,5**	**- 6,2**	**3.244**
Sonstige	**7,0**	**+ 5,4**	**9.188**

Zweitstimmen

Partei	Prozent	Veränderung	Absolute Stimmen
SPD	**31,0**	**+ 4,1**	**40.759**
CDU	**33,3**	**+ 6,2**	**43.855**
Grüne	**12,2**	**- 3,7**	**16.056**
Die Linke.	**8,1**	**- 1,5**	**10.710**
FDP	**5,5**	**- 9,6**	**7.235**
Sonstige	**10,1**	**+ 6,0**	**12.980**

Bundestagswahlkreise in Köln (Erststimmen)

Wahlkreis / gewählter Kandidat	*SPD*	CDU	GRÜNE	Die Linke.	FDP
93 Köln I (Martin Dörmann, SPD) Porz, Kalk, nördliche Innenstadt	**37,0 %** (+ 2,0)	36,7 % (+ 3,1)	10,3 % (- 2,1)	6,5 % (- 1,9)	2,5 % (- 6,2)
95 Köln II (Prof. Dr. Heribert Hirte, CDU) Rodenkirchen, Lindenthal, südl. Innenstadt,	32,8 % (+ 0,4)	**40,0 %** (+ 5,1)	14,5 % (- 1,1)	5,2 % (- 0,4)	2,6 % (- 8,2)
96 Köln III (Dr. Rolf Mützenich, SPD) Ehrenfeld, Nippes, Chorweiler	**39,3 %** (+ 3,4)	32,9 % (+ 4,1)	12,9 % (- 4,1)	7,8 % (- 0,8)	2,3 % (- 6,2)
102 Köln IV (Prof. Dr. Karl Lauterbach, SPD) Mülheim, Stadt Leverkusen	**41,3 %** (+ 4,3)	39,3 % (+ 3,9)	7,2 % (- 2,1)	5,8 % (- 2,3)	2,3 % (- 5,5)

→ **Nähere Informationen zu den Wahlergebnissen in Köln unter:**
www.wahlen.stadt-koeln.de

Kölner „Hövi-Land“-Gruppe zu Gast im Bundestag

Martin Dörmann würdigte Engagement für Kinder

Ende Oktober besuchten fast 100 „HöVi-Menschen“, wie sie sich selbst nennen, Berlin. Unter dem Motto „HöVi-Land goes Berlin“ enthielten die Tage in Berlin umfangreiche Programmpunkte für Kinder, Jugendliche und Eltern.

Auf dem Programm standen auch ein Besuch im Reichstagsgebäude mit einem Vortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaales sowie eine Diskussion mit **Martin Dörmann**. Auf dessen Initiative hatte die Gruppe im Rahmen eines Besucherkontingentes die Fahrtkosten vom Bundestag ersetzt bekommen. Damit wollte er das tolle Engagement der Eltern und ehrenamtlichen Helfer/innen würdigen, die jedes Jahr ein dreiwöchiges Ferienangebot für 500 Kinder aus dem Bereich Vingst und Höhenberg organisieren.

Ein Höhepunkt des Besuches war eine kleine Andacht, die Pfarrer **Jörg Wolke** als Leiter der Gruppe spontan im Andachtsraum des Reichstages abhielt, der ansonsten von den Abgeordneten genutzt wird. In die von der Gruppe gesungenen Lieder stimmte auch Martin Dörmann mit ein. „HöVi“-Doc **Michael Paetzold**: zeigte sich anschließend begeistert: „Der Besuch im Reichstag war für uns alle ein tolles Erlebnis, an das wir uns immer gerne erinnern werden.“

Jedes Jahr nehmen rund 500 Kinder aus den Stadtteilen das dreiwöchige Ferienangebot der Zeltstadt „HöVi-Land“ in Vingst wahr. Dieses einmalige Projekt soll auch Kindern, die ansonsten aufgrund verschiedenster sozialer Probleme nicht in den Urlaub fahren können, eine schöne Sommerzeit bieten. Es wurde 1994 in ökumenischer Zusammenarbeit der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden Höhenberg und Vingst ins Leben gerufen.

Dankeschön-Feier für Wahlkampfhelfer/innen

Mit einer gemeinsamen Feier in der „Ständigen Vertretung Köln" hat Martin Dörmann seinen aktiven Wahlkampfhelfer/innen für ihren tollen und erfolgreichen Einsatz gedankt. Musikalischer Höhepunkt war ein stimmungsvolles Mitsingkonzert: **Anette Fuchs**, **Achim Pietzner** und **Christian Hecker** am Akkordeon trugen Kölsche Lieder vor, in die alle textsicher einstimmten.

Vorlesetag: Martin Dörmann las in der Grundschule Heßhofstraße

Die Geschichte vom Regenbogenfisch begeisterte Vingster Kinder

Anlässlich des bundesweiten Vorlesetages war **Martin Dörmann** zu Gast in der Katholischen Grundschule Heßhofstraße in Köln-Vingst. In einer stufenübergreifenden Klasse der Lehrerin **Annika Schmidt** mit Kindern vieler Nationalitäten las er zwei Kinderbücher vor, um die „Pänz“ für das Lesen zu begeistern. Die hatten viel Freude an der Geschichte vom „Regenbogenfisch“, der lernt, dass Teilen Spaß macht und neue Freunde schafft. Und von einer kleinen Maus konnten sie lernen, dass man sich vor dem „Grüffelo“ nicht fürchten muss, wenn man schlau und listig ist.

Martin Dörmann befragte die Kinder zu den einzelnen Geschichten und stieß dabei auf viel Begeisterung und Fantasie. „Der Bildungserfolg unseres Nachwuchses hängt in hohem Maße von der Lesekompetenz ab. Diese den Kindern frühzeitig zu vermitteln, ist ebenso wichtig wie das Erlernen von Schreiben und Rechnen. Das Vorlesen eignet sich hervorragend dazu, Kinder und junge Menschen auf schöne Art und Weise zu motivieren, selbst zum Buch zu greifen“, betonte der Abgeordnete. Auf seine Schlussfrage, weshalb Lesen denn wichtig sei, antwortete ein Junge ganz spontan und klug: „Dann bekommt man einen guten Beruf!“

Der bundesweite Vorlesetag wird seit 2004 jedes Jahr im November von der „Stiftung Lesen“ und der Wochenzeitung „Die Zeit“ veranstaltet.

Herbstempfang im Bürgerbüro Porz

SPD-Ratsfrau Monika Möller präsentiert Kunstwerke auf Seide

Wie es mittlerweile schöne Tradition geworden ist, fand Anfang November wieder ein Herbstempfang des Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** und des Landtagsabgeordneten **Jochen Ott** im Rahmen einer Ausstellungseröffnung statt. In den Räumlichkeiten des gemeinsamen Bürgerbüros in Porz stellt nun bis zum Frühjahr 2014 die Kölner SPD-Ratsfrau **Monika Möller** ihre „Landschaften auf Seide – Phantasie und Abbild“ aus.

Monika Möller studierte ab 1985 „Textiles Gestalten“ an der erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, wo sie sich schnell auf Seidenmalerei spezialisierte.

In ihren Bildern zeigt sie hauptsächlich Impressionen aus Israel, einem Land, dass in ihrem Leben eine wichtige Rolle spielt. Neben ihrer Tätigkeit als Ratsfrau der Stadt Köln ist Möller außerdem Vorsitzende des Fördervereins Städtepartnerschaft zwischen Köln und Tel Aviv.

Den Erlös aus dem Verkauf der Bilder möchte die Kölner Ratsfrau gern einem Kindergarten in Tel Avivs Problembezirk Yafo zur Verfügung stellen.

76 % Ja-Stimmen beim Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag

Wochenlang hatten alle Spitzenpolitiker/innen von CDU/CSU und SPD aus Bund und Ländern miteinander um einen guten Koalitionsvertrag gerungen, der die Weichen stellen soll für vier Jahre Große Koalition. Als sich die Verhandlungsgruppen Ende November schließlich geeinigt hatten, stand – erstmals in der deutschen Parteiengeschichte – ein Mitgliedervotum der SPD-Mitglieder zum Koalitionsvertrag als Hürde vor der Unterzeichnung des Vertrags.

Alle SPD-Mitglieder hatten dann Anfang Dezember 2013 eine Woche lang Zeit, ihre Stimme per Briefwahl abzugeben. In ganz Deutschland wurden hunderte Diskussionsveranstaltungen zum Koalitionsvertrag durchgeführt und engagiert über Pro und Contra des ausgehandelten Koalitionsvertrags diskutiert. Rund 3000 neue Mitglieder hat die SPD in dieser Zeit gewonnen. Mit diesem „Fest der innerparteilichen Demokratie“, wie es Gabriel nannte, empfiehlt sich die SPD als modernste Mitmachpartei in Deutschland.

Am 14. Dezember 2013 verkündeten Parteichef Sigmar Gabriel, SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks und SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles das Ergebnis des SPD-Mitgliedervotums: 369.680 bzw. 78 Prozent der SPD-Mitglieder hatten sich beteiligt. Davon stimmten 75,96 Prozent mit Ja. 400 Freiwillige aus allen SPD-Landesverbänden hatten in einer Tag- und Nachtschicht die Stimmzettel in einem alten Berliner Postbahnhof ausgewertet. Das Gelingen dieses auch organisatorisch höchst anspruchsvollen Mitgliedervotums hat Maßstäbe gesetzt.

Sichtlich erleichtert über den positiven und eindeutigen Ausgang des Votums unterstrich Sigmar Gabriel für die Parteispitze: „Die SPD ist eine lebendige, diskutierende Partei. Wir sind die Beteiligungspartei in Deutschland."

Am 16. Dezember 2013 wurde der Koalitionsvertrag für die dritte Große Koalition der Bundesrepublik Deutschland dann feierlich von allen Parteispitzen im Deutschen Bundestag unterzeichnet.

→ ***Der Koalitionsvertrag und zusätzliche Informationen sind online verfügbar unter:***
www.spd.de

Die SPD-Bundestagsabgeordneten aus der Region Mittelrhein

Von links: Martin Dörmann (Köln I), Norbert Spinrath (Heinsberg), Helga Kühn-Mengel (Euskirchen), Sebastian Hartmann (Rhein-Sieg-Kreis), Ulla Schmidt (Aachen I), Ulrich Kelber (Bonn), Michaela Engelmeier-Heite (Oberbergischer Kreis), Dietmar Nietan (Düren), Rolf Mützenich (Köln III), Karl Lauterbach (Köln IV)

BILDNACHWEIS • JAHRBUCH 2013
Frank Ossenbrink: S. 7; D.Butzmann/S. Knoell/F. Jaehnicke/B. Kraehahn: S. 10; K.-H. Tillmann: S. 14 o.r., 15 o.l.; KVB: S. 15 u.; Marco Urban: S. 17, 18; SPD-Fraktion: S. 1, 19 r.; 30 o.l.; Gesche Joost: S. 27 r.; ihk-Design: S. 32; Dietmar Nietan: S. 33; sonstige: Büro Dörmann.